

Bezugspreis:

Heftpreis 7,50 RM, monatlich 2,50 RM, ...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Morwirts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 22. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Fristverlängerung bis 29. Mai.

Versailles, 21. Mai. Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles Reichsminister Grafen Brockdorff-Ransau ist heute folgende weitere Note Clemenceaus zugegangen:

Paris, den 21. Mai 1919.

Herr Präsident!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 20. Mai zu bestätigen. Sie hatten die Güte, mich darauf hinzuweisen, die Fragen, über welche die deutsche Delegation Bemerkungen vorzulegen wünscht, seien so verwickelt, daß die Denkschriften der deutschen Delegation, in der Ihnen am 7. d. Mts. gewährten 15tägigen Frist nicht fertig sein könnten. Sie fordern infolgedessen eine Verlängerung dieser Frist.

In Erwiderung hierauf habe ich die Ehre, Euerer Exzellenz mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen einverstanden sind, die Frist bis Donnerstag, den 29. d. Mts. zu verlängern.

Gechmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung,

gez. Clemenceau.

Die Notwendigkeit, eine Fristverlängerung zu beantragen, ergab sich, wie wir hören, insbesondere auch durch den Wunsch der gegnerischen Regierungen, Antwort und Noten nicht nur in deutscher Abfassung, sondern auch in französischer und englischer Uebersetzung zu überreichen, wozu die Friedensdelegation zwar nach dem internationalen Brauch nicht verpflichtet war, was aber tatsächlich wegen der Zuverlässigkeit der Uebersetzungen auch im deutschen Interesse liegt.

Nach der ganzen politischen Lage war aber die Fertigstellung der deutschen Antwort für die Gegner gar nicht so dringlich, da Wilson nötig hat, die öffentliche Meinung seines Landes zu berücksichtigen; diese aber ist zurzeit durchaus nicht geklärt. In Amerika wehrt man sich vor allem gegen den Ausschluss Deutschlands aus dem Völkerbund. Die Stimmung, die Wilson für den Völkerbund erzeugt hat, wirkt jetzt gegen ihn. Der Rücktritt von neun durchaus wichtigen Mitgliedern der amerikanischen Friedensdelegation wird die amerikanische Öffentlichkeit erheblich beeinflussen. Die austretenden Amerikaner sind der Ansicht, daß der vorliegende Friedensvertrag der Entente die Keime eines künftigen Krieges in sich birgt.

Nicht neuen Krieg! Ehrlichen Frieden!

Die Alliierten haben die Frist zur Einreichung der deutschen Gegenentwürfe um eine Woche verlängert. Ein sehr großes Entgegenkommen wird man darin nicht erblicken dürfen, denn nachdem sie selber ein halbes Jahr lang über ihre Friedensbedingungen beraten haben, bleiben auch drei Wochen zur Beantwortung eine kurze Zeit. Auch läßt diese kleine Milderung der formalen Behandlung noch keine Rückschlüsse darüber zu, ob bei der sachlichen Behandlung der deutschen Gegenentwürfe vom ursprünglichen Programm abgewichen werden soll. Dieses ließ darauf hinaus, daß die deutschen Einwendungen kurzer Hand beiseite geschoben werden sollten und daß man Deutschland eine kurze Frist — von etwa acht Tagen — stellen wollte, innerhalb derer es sich erklären mußte, ob es die unveränderten Bedingungen der Entente annehme oder nicht. Mit dem Ablauf dieses Termins sollten im Falle der Nichtunterzeichnung die Zwangsmassnahmen des Einmarsches und der verstärkten Blockade sofort einsetzen.

Der Gewinn einer Woche bedeutet noch keine Erfüllung dieses Programms, er bedeutet aber die Vermehrung der Möglichkeit, ein besseres, menschlicheres an seine Stelle zu setzen. Das Ziel der deutschen Politik ist nicht, wie die unabhängige Propaganda in fanatischer Verblendung gröhlt, ein neuer Krieg, sondern ihr Ziel ist die Anbahnung wirklicher Friedensverhandlungen, die uns unsere Gegner bisher verweigert haben. Ihr Ziel ist ein Friedensvertrag, den man nicht nur unter dem Druck eines vorgehaltenen Revolvers unterschreibt, sondern den man unterschreibt in der Absicht, ihn auch ehrlich zu halten. Ihr Ziel ist die ausgleichende Gerechtigkeit, die wohl dem deutschen Volk bittere Opfer und schwere Lasten auferlegt, aber ihm doch die Möglichkeit läßt, als gleichberechtigtes Volk neben anderen Völkern zu existieren und in harter Arbeit zu neuem Wohlstand aufzusteigen.

Wer das Ziel will, muß auch die Mittel wollen. Die glatte Unterwerfung unter die Bedingungen der Gegner ist ein solches Mittel nicht. Auch eine Protesterklärung, die

dem unterzeichneten Vertrag als Begleitschreiben beigegeben würde, könnte sehr wenig nützen. Ein Protest der leeren Worte macht keinen Eindruck, als echt empfunden wird nur ein Protest durch die Tat. Die Welt würde es nicht verstehen, wenn wir in sich selbst überstürzender Dienstfertigkeit unter die Ungeheuerlichkeiten dieses Vertrages unsere Unterschriften setzten, während wir leere Protestformeln dazu murmelten.

Bleibt es bei dem ursprünglichen Programm der Entente, das heißt, werden alle unsere Einwendungen in den Wind geschlagen, wird von uns binnen kurzer Frist unter Androhung von Zwangsmassregeln die Unterzeichnung gefordert, dann bleibt uns gar nichts anderes übrig, als es darauf ankommen zu lassen. Nur so kann vor aller Welt die Wahrheit festgestellt werden, daß das neugeschaffene Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Gegnern ein bloßes Gewaltverhältnis ist, kein Rechtsverhältnis, das das deutsche Volk in irgend einer Weise bindet. Die Entente hat heute zweifellos die Macht, ein solches Gewaltverhältnis herzustellen, aber an ihr und ihren Völkern liegt es jetzt zu überlegen, ob diesem Gewaltverhältnis, das nicht dauernd sein kann, ein wirkliches, auf echte Verträge gegründetes Rechtsverhältnis nicht vorzuziehen ist.

Im Lustgarten und Unter den Linden haben gestern, der Parole der Unabhängigen folgend, sehr große Menschenmassen demonstriert. Auch sie sind mit dem Gewaltfrieden der Entente nicht einverstanden, sondern in seiner sachlichen Beurteilung mit dem übrigen deutschen Volke einig. Wie weit sie mit der Politik der Unabhängigen, die schleunigste Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung fordert, innerlich einverstanden sind, ist sehr schwer festzustellen. Wahrscheinlich würde ein sehr großer Teil von ihnen bei einer Volksabstimmung gegen die Unterzeichnung stimmen.

Trotzdem bedeutet die gestrige Demonstration der Unabhängigen — es ist schmerzlich zu sagen, aber es muß offen ausgesprochen werden — für den Ententeimperialismus einen Gewinn. Alle drüben, die etwa so denken wie bei uns einst der General Hoffmann (die Sieger sind wir!), alle Säbeltrahler, die auf das Evangelium der brutalen Gewalt schwören, alle Amerikaner, denen die Leute nie groß genug sein kann, alle Finanzspekulanten, die ihre Ernte nicht schnell genug in die Schenke bringen können, werden sich auf die Demonstration der Unabhängigen berufen und unter Berufung auf sie jede Politik der Besinnung, der Milderung und des Entgegenkommens bekämpfen. Sie werden sagen, das deutsche Volk sei innerlich schon so zermürbt, daß ein erster moralischer Widerstand von ihm gar nicht mehr zu erwarten sei, man brauche ihm nur eine entschlossene Miene zeigen, dann kriechen es eifrigs aufkreuze, alle Nachgiebigkeit sei als unangebrachte Weichlichkeit und Schwäche zu verwerfen. Sachlich läuft also die Rundgebung der Unabhängigen auf eine Unterstützung der ententistischen Festredner, Politiker hinaus, mag sie von ihren Urhebern und Mitläufern auch ganz anders gemeint gewesen sein. Sie ist geeignet, von innen her den Druck zu verstärken, den jene von außen üben, um das deutsche Volk in die Sklaverei zu stoßen.

Die Unabhängigen sollten die gewährte Wochenfrist zu der Ueberlegung benutzen, ob es nicht in dieser Zeit noch ernstere Aufgaben gibt als die, den verhassten Mehrheitssozialisten ein Bein zu stellen. Vielleicht ist der Ententeimperialismus dem deutschen Volk doch ein gefährlicherer Feind als „Ebert-Scheidemann“, und vielleicht ist es doch nicht die Aufgabe internationaler Sozialisten deutscher Volkswirtschaftlichkeit, ihm die Kationen aus dem Feuer zu holen. Vielleicht ist es auch leichter, heute billige agitatorische Erfolge zu erringen als früher die Verantwortung für den angerichteten Schaden zu tragen.

Unser Verlangen geht dahin, daß die deutschen Gegenentwürfe, die nun bis zum 29. Mai vollständig eingereicht sein müssen, keiner geheimen diplomatischen Behandlung unterzogen und nicht leichtfertig in die Ecke geworfen, sondern daß sie den Välkern der Gegenseite bekanntgegeben und unter der Kontrolle der Öffentlichkeit einer ersten sachlichen Prüfung unterzogen werden. Würde das geschehen, so wäre es unmöglich, dem deutschen Volk Verhandlungen zu verweigern, und der Weg wäre geöffnet, der Europa zu einem dauernden Frieden führen kann. Geschieht das nicht, dann tragen die Gegner die Verantwortung für eine kommende Entwürdigung, die nicht nur für uns schwere Leiden, sondern auch für sie erste Gefahren birgt.

Das sind die klaren Richtlinien unserer Politik, die auch von der großen Mehrheit des Volkes verstanden und gebilligt werden. Wir wollen das Letzte versuchen, um der Vernunft und dem Recht zum Sieg zu verhelfen, wir wollen nicht willenlos hineintrutschen in die Knechtschaft.

Deutscher Appell an Amerika.

Amerikas Verpflichtung auf Wilsons Programm.

Berlin, 21. Mai. Die Berliner Vertretung der „Associated Press“ gab am gestrigen Dienstag die nachstehende, ihrer von berufener Seite erhaltene Information nach Amerika:

Deutschland lehnt es ab, die ihm vorgelegten Friedensbedingungen zu unterzeichnen, weil sie die wirtschaftliche Verarmung, die politische Entehrung und die moralische Degradierung für die ganze deutsche Nation wie für jeden einzelnen Deutschen bedeuten, und zwar nicht nur für das gegenwärtig lebende Geschlecht, sondern selbst noch für ungeborene Generationen. Daß diese Folgen aus der Annahme der Friedensbedingungen logisch eintreten müssen, hat die amerikanische Presse selbst vorbestätigt anerkannt. Demgegenüber stellt sich Deutschland auf den Standpunkt, daß man von ihm überhaupt nicht die Annahme derartiger Bedingungen fordern darf und daß die Entente nicht berechtigt war, solche Forderungen zu stellen. Deutschland hat vielmehr nicht nur einen moralischen Anspruch aus dem ihm gemachten allgemeinen Versprechen, sondern direkt eine nach den Grundregeln des Völkerrechts fest begründete, bestimmte und klar umschriebene Forderung an alle Ententemächte und an die Vereinigten Staaten im besonderen. Die ausdrückliche Anerkennung des Rechtes Deutschlands und des deutschen Volkes auf einen

Frieden des Rechts, der Gerechtigkeit und der Befriedigung

ansatz des paragrafisierten Vorgehens, den man in Versailles geschrieen hat, ist enthalten in der Note des Staatssekretärs Lansing vom 6. November 1918. Derin teilt der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen dem Schweizerischen Gesandten in Washington vorbehaltlos mit, daß die vom Präsidenten Wilson in seinen 14 Punkten festgestellten Grundsätze für die Gestaltung der Friedensbedingungen maßgebend sein sollen. Staatssekretär Lansing teilt dabei weiter mit, daß die Ententeregierungen noch sorgfältigen Erwägungen ebenfalls bereit sind, die vom Präsidenten Wilson aufgestellten Bedingungen als Grundlage des Friedensschlusses anzuerkennen.

Die Rechte aus diesen ganz bestimmten Erklärungen sämtlicher Ententemächte und der Vereinigten Staaten bilden das einzige Altium Deutschlands in dem allgemeinen

moralischen Zusammenbruch der ganzen internationalen Politik, der seinen nicht zu überbietenden Ausdruck in den Bedingungen von Versailles gefunden hat. Demgegenüber wehrt Deutschland seine klaren juristischen Ansprüche nach dem internationalen Rechte an Gegenüber der politisch-moralischen Verleumdung von Versailles nicht die deutsche Nation als Gläubigerin mit unbestreitbaren Rechten, und sie ist nicht in der Lage, in diesem Hauptpunkt nachzugeben. Deutschland hat Frieden geschlossen auf Grund der 14 Punkte Wilsons, die sich ganz Amerika zu eigen gemacht hatte, und ganz Amerika wie jeder einzelne Amerikaner ist für die Erfüllung dieses Anspruches haftbar. Es ist nicht Sache des deutschen Volkes, anzugeben, wie seine Rechte aus den 14 Punkten und besonders aus der Note des Staatssekretärs Lansing vom 6. November in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollen. Das ist vielmehr Sache derer, die die 14 Punkte aufgestellt und zur Annahme gedrückt und daraufhin Deutschland veranlaßt haben, die Waffen niederzulegen. Wir glauben auch nicht, daß Präsident Wilson, Staatssekretär Lansing und das amerikanische Volk sich auf einen anderen als auf den hier dargelegten deutschen Standpunkt stellen können, wenn sie nicht das tun wollen, was Präsident Wilson in seiner Botschaft vom 4. Dezember 1917 weit von sich wies, als er sagte:

„Wir würden unsere eigene Sache entehren, wenn wir Deutschland anders als gerecht und unparteiisch und mit dem selbstschafflichen Verlangen nach Gerechtigkeit gegen alle behandelten, einerlei, wie der Krieg ende. Wir verlangen nichts, was wir selber auszusprechen nicht bereit sind.“

Und wir, das deutsche Volk, verlangen auch weiter nichts, als das, was Präsident Wilson in dieser Erklärung verkündet hat. Wir verlangen auch weiter nichts, als daß die Amerikaner die 14 Punkte und die Friedensbedingungen einander gegenüberstellen. Wir glauben nicht, daß irgend jemand in den Vereinigten Staaten davon absehen wird zu behaupten, in den Friedensbedingungen von Versailles habe man auch nur eine Spur von Wilsons Programm übrig gelassen.

Und hier beginnt die bestimmte

Verpflichtung Amerikas

zum Einschreiten. Amerika muß entweder seine 14 Punkte durchsetzen oder es muß erklären, daß es dazu nicht imstande ist, oder daß es das nicht will. Auf keinen Fall darf es die Welt glauben lassen, daß es die Friedensbedingungen von Versailles als den wahren Ausdruck der 14 Punkte Wilsons gelten lassen will. Das ist unsere Forderung, an der wir festhalten, und wir möchten nicht, welche Argumente man von amerikanischer Seite dagegen geltend machen könnte.

## Kritik englischer Arbeiterführer am Friedensvertrag.

London, 21. Mai. (Reuter.) Eine Anzahl hervorragender Arbeiterführer, darunter Smilie, Snowden, Landburn, Keil und Maclean haben ein Manifest veröffentlicht, welches besagt, der Friedensvertrag enthalte die Keime zu Konflikten und müsse deshalb so schnell als möglich einer Nachprüfung unterzogen werden.

## Paderewski reist nach Paris.

Genf, 21. Mai. (Z. N.) Nach dem „New York Herald“ wird Paderewski am Freitag oder Sonnabend in Paris erwartet, um dem Vierzerrat die Lage Polens darzustellen.

## Friedensvertrag und deutsches Privateigentum in Elsass-Lothringen.

Ein aus dem Elsass vertriebener Rechtsanwalt schreibt uns: Tausende Ausgewanderte haben in Elsass-Lothringen ihr Hab und Gut, Liegenschaften sowohl als bewegliches Gut aller Art, zurücklassen müssen, das durch den Friedensvertrag in seiner derzeitigen Form schwer gefährdet erscheint. Die Gefahr liegt in der Bestimmung, daß das im alliierten Gebiet liegende Privateigentum von Deutschen der zwangsweisen Liquidierung preisgegeben ist. Die Tatsache, daß Elsass-Lothringen völkerrechtlich erst mit dem Friedensschluß an Frankreich abgetreten werden soll, dürfte an der Gefährdung des deutschen Gutes nichts ändern. Denn Frankreich hat heute schon die „Reannergien“ aus mit der Begründung, daß der Frankfurter Frieden von 1871 ungültig sei. Diese Auffassung kommt in der Art zum Ausdruck, mit der von Frankreich jede Anwendung eines deutschen Reichsgesetzes und eines seit 1871 dort ergangenen Landesgesetzes verboten wird, soweit es nicht vorher durch Staatsdekret in dem Gesetzblatt der französischen Republik öffentlich verkündet ist. Diese Gesetze müssen von Clemenceau genehmigt sein. Gelingt es unseren Delegierten nicht, den beabsichtigten Eingriff der Entente in das Privateigentum von Auslandsdeutschen überhaupt zu verhindern, so muß gefürchtet werden, daß die sofortige Aneignung des deutschen Privateigentums in Elsass-Lothringen ausdrücklich als Bestimmung in den Friedensvertrag aufgenommen wird.

## Sozialdemokratische Kundgebung in Posen.

### Gegen die Vergeßlichkeit des Selbstbestimmungsrechts.

Die Sozialdemokratische Parteileitung für die Provinz Posen arrangierte in den verflochtenen Tagen in den Orten Bismarck, Bromberg, Neuhau, Jordan, Krausnick, Kreuz a. d. Ostbahn, Lissa, Nejeritz, Rawitsch, Samotschin, Schneidemühl, Schönlanke, Schulp, Schwerein und Weidenhöhe öffentliche Versammlungen, die überaus stark besucht waren.

Es wurde überall folgende Entschiedenheit einstimmig angenommen:

Die Versammelten nehmen mit Entrüstung Kenntnis von den Friedensbedingungen, die die Herabwürdigung Deutschlands, Verarmung des Volkes und Entfremdung seines Wirtschaftens bedeuten. Sie erklären, daß ein Friede unter diesen Bedingungen nicht geschlossen werden darf. Ganz besonders protestieren sie gegen die Abtretung unzweifelhaft deutscher Gebiete im Osten. Sie fordern vor allem Selbstbestimmungsrecht und erträgliche Existenzbedingungen. Sie wünschen keine Fortsetzung des Krieges, erwarten aber, daß die Reichsregierung alles daran setzt, um durch Verhandlungen zu Friedensbedingungen zu gelangen, die das deutsche Volk als einheitliche Nation erhalten und ihm den Aufbau seines Wirtschaftslebens gewährleisten als Gleiches unter Gleichen im Völkerverband.

Sie erwarten ferner, daß die Arbeiter aller Länder sich über die Grenzen hinweg die Hände reichen und daß die Internationale uns zu unserem Recht verhelfen wird.

## Rote Fahne — rotes Band — rotes Kleid!

Von Anna Margret Struzewka.

Die Straße auf und hinab  
Im langsam trottelnden Schritt,  
Burschen, Männer, der Ozeis am Stab,  
Und die Frauen und Kinder mit.  
Und dazwischen hineingestreut  
Wie flackernd Mohn im Feld  
Rote Fahne, rotes Band, rotes Kleid,  
— Rote Farbe, die lärmt und gellt.

Und den Blick auf das rote Panier,  
Wie ertrinkend zum Land von der See.  
— In den Augen sucht sich ein Tier  
Und zittert ein Heilandswelt.  
Gramdunkler Jahre Leid  
Mengt sich mit kreiselnder Luft.  
— Rote Fahne, rotes Band, rotes Kleid,  
— Was ward' euch bewußt?

Vor Jahren. Der Nebel sank.  
Schwer ging Novemberwind.  
Soldaten, dieselbe Straße entlang,  
Soldaten mit Weib und Kind.  
Ueber schluchzendem Herzeleid  
Stand Musik wie lärmender Schrei.  
— Rote Fahne, rotes Band, rotes Kleid?  
— Alles vorbei, vorbei.

Wochen, grau, und ein Tag voll Gram,  
Den lähmend Entsetzen band.  
Keiner, keiner der wiederkam —  
Alle modern im fremden Land.  
Alle schlafend in Ewigkeit,  
Nach trotzigem Jugendum —  
Rote Fahne, rotes Band, rotes Kleid,  
Rot, wie vergossenes Blut!

Wie Fanfarestöße, getan  
In der Gleichmut lässigem Trott,  
— Wen klagt ihr zornend an —  
Den Krieg? — die Menschen? — Gott?  
An der Menschheit dornigen Leid  
Seid ihr das sichernde Blut —  
Rote Fahne, rotes Band, rotes Kleid,  
— Seid schwelende Blut!

## Ein Volksurteil über Kunst.

Von Hermann Widmer.

Vor einigen Wochen traf man in der kleinen Ausstellung unedlerer Arbeiten eine verführerische Einrichtungs, die, würde sie systematisch bei größeren Ausstellungen durchgeführt, für unser ganzes Kunsturteil und die Kunst für unser gesamtes Kunst-

## Das neue bulgarische Kabinett.

Wie über Belgrad gemeldet wird, ist es Theodoroff nach langwierigen Verhandlungen gelangt, sein Kabinett auf neuer Grundlage zusammenzustellen. Theodoroff, der den Posten beibehält, übernimmt interimsweise die auswärtigen Angelegenheiten. Die übrigen Portefeuilles sind folgendermaßen verteilt:

Innere: Kojulow (Sozialist).  
Krieg: Danew (Progressist).  
Handel: Sahazow (Sozialist).  
Landwirtschaft: Radjoff (Agrarier).  
Öffentliche Arbeiten: Reimbanghy (Agrarier).  
Eisenbahnen: Balafow (Agrarier).

## Die Stellungnahme der A. und S.-Räte zur Friedensfrage.

Aus der von den Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräten und Gemeinde-Arbeiteräten am Mittwoch beschlossenen Resolution, die von den Unabhängigen vorgelegt worden war, konnten wir in unserem Sitzungsbericht (Abendausgabe vom Mittwoch) nur eine kurze Mitteilung machen. Die sehr lange Resolution hat in ihren wichtigsten Abschnitten folgenden Wortlaut:

Ein von gemeinsamer Seite diktiert Friede soll dem deutschen Volke von den imperialistischen Regierungen der Entente-Länder auferlegt werden. Lebenswichtige, rein oder überwiegend deutsche Gebiete sollen vom deutschen Wirtschaftskörper abgetrennt, der wirtschaftliche Wiederaufbau und die kulturelle Gesundung Deutschlands unterbunden werden. Ein solcher Friede kann niemals ein Dauerfriede sein. Er erzeugt eine Ansammlung von wirtschaftlichen und politischen Konflikten, ewigen Haß, Rißrauen und Nachgedanken in den Völkern und wird die Welt jahrzehntlang nicht zur Ruhe kommen lassen. Die nächste Aufgabe muß sein, den harten Diktatfrieden durch Verhandlungen zu mildern. Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter-, Kommunisten und Soldatenräte hat zu der gegenwärtigen Regierung nicht das Vertrauen, daß sie eine Milderung der Friedensbedingungen durchsetzen kann. Sie ist überzeugt, daß nur eine Umgestaltung des deutschen Staatswesens im Sinne des Räteystems die Voraussetzungen schaffen wird, die dem deutschen Proletariat das Vertrauen seiner Klassenossen im Ausland eintragen wird. Damit wird auch die Gewähr gegeben, den imperialistischen Gewaltfrieden in einen sozialistischen Dauerfrieden umzuwandeln. Die Vollversammlung der Berliner Arbeiter-, Kommunisten und Soldatenräte protestiert gegen die gewissenlosen Machenschaften, durch die das deutsche Volk zu einem ausschließlichen Widerstand gegen die Entente aufgehetzt werden soll. Sie verurteilt auf das schärfste die Haltung der Regierung, die diese chauvinistische Großsprecherei begünstigt und damit statt einer Milderung der harten Friedensbedingungen eine Verschlimmerung der Lage des deutschen Volkes herbeiführt. Auf jeden Fall hat die Regierung die Pflicht, dem deutschen Volke den Frieden zu verschaffen, auch wenn es nicht gelingen sollte, eine Milderung der gegenwärtigen Friedensbedingungen zu erreichen. Die Berliner Arbeiterräte fordern alle Arbeiterräte Deutschlands auf, angesichts des völligen Versagens der Regierung ihrerseits alle Kräfte des Proletariats zusammenzuführen, um mit Hilfe des konsequent durchgeführten Räteystems die wirtschaftliche und politische Wiedergeburt Deutschlands zu ermöglichen. Die Arbeiterräte Deutschlands appellieren an das Menschlichkeitsgefühl und an das sozialistische Gewissen des Proletariats der Entente-Länder und erwarten von ihm, daß es sich auch seinerseits gegen den Gewaltfrieden wendet. Nur in der gemeinsamen Kampffront des internationalen Proletariats gegen den Weltimperialismus liegt die Gewähr eines dauernden Völkerverbandes und des Sieges des Sozialismus.

Der Gebrauch der Worte „annehmen“ oder „unterzeichnen“ ist in dieser Resolution vermieden worden. Im übrigen vergleiche man dazu den heutigen Leitartikel.

Jeden überhaupt von weittragender Bedeutung werden könnte. Ich meine die dort ausgedrückte Forderung, auf denen jeder Besucher in kurzen Worten wiederzugeben sollte, welcher von den ausgestellten Gemälden und welcher Künstler ihm am besten gefiel. Diese Forderung verdient die eingehendste Beachtung. Kann sie uns doch bei unsicherer Einfühlung dazu verhelfen, zu erfahren, welche Kunst im Empfinden des Volkes eigentlich einen Resonanzboden findet. Denn dieses Empfinden trägt wesentlichste Elemente der kommenden Kunstentwicklung.

Seitdem im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts die Wörter des Impressionismus die überlebte Kunstauffassung abgelöst haben und etwas Neues zu schaffen suchten, löst alle paar Jahre eine Kunsttheorie die andere ab. Kubismus und Expressionismus folgten auf den Impressionismus, die Theorien jagten und überstürzten sich; was gestern alleinige Wahrheit hieß, wird heute als überwandener Standpunkt gebremst, der Führer von heute ist morgen ein Rückwärtiger, Ueberholter, ein toller Strudel, ein wahnwitziger Wirbel von Meinungen quirlt durcheinander, von denen jede die absolute Wahrheit für sich allein beansprucht.

Die Künstler sind selten objektiv und können es auch kaum sein, denn sie versuchen die Kunstauffassung, der sie ihrem Talent und ihrer ganzen Wesenart nach zuneigen und der sie in ihren Werken Ausdruck geben. Aber die Kunstkritiker? Man sollte doch eigentlich annehmen, daß sie über den Dingen stehen, daß es ihnen leicht fallen müßte, alles zu verstehen und das Gute in jeder Richtung zu entdecken.

Die jahrzehntelange Beobachtung lehrt uns aber, daß sie davon meist weit entfernt sind. Sie sind mehr Partei als die Künstler selber, und obwohl sie naturgemäß nicht die die Künstler neuen Richtungen schaffen, sondern sie nur erklären, verteidigen und propagieren, sind sie oft, wie ein hitziger Rechtsanwalt, viel einseitiger und viel weniger durchsichtig als ihre Klienten, die Künstler. Und sie reihen und gerren ihr Lesepublikum mit in den Kampf der Meinungen, schaffen eine Atmosphäre der Befangenheit des Kunstgenießers vor seinem eigenen Urteil, und so sind wir heute in einem Stadium angelangt, in dem einfach kaum mehr ein Ausweg aus diesem Labyrinth der sich belämpfenden Kunstbekenntnisse zu finden ist. Was ist Wahrheit, wo ist der gesunde Kern, wohin geht die naturnotwendige Entwicklung unserer Kunst?

Hier muß eine neue Instanz sprechen, eine unbefangene und unverbundene — das Volk selber in seinen breitesten Schichten! Das Volk, dessen gesunder Sinn von keiner großen Theorie angekränkt ist, dessen natürlicher Instinkt aus dem wir den Anhauf der Meinungen das feinste Empfinden Gemäße herauszuschälen wird, das Volk, das endlich in allen Dingen souverän sein, in allem die letzte Entscheidung haben muß, und vor dessen Urteil auch wir Künstler uns beugen müssen! Früher gab der Kaiser den Künstlern goldene Medaillen. Im demokratischen Staat sollen sie keine andere Belohnung suchen, als die Anerkennung des Volkes. Die Künstler sollen kulturelle Führer sein. Aber wir müssen feststellen, von dem sich das Volk führen lassen will.

Komme mir niemand mit dem Einwand, daß die stumpfe Menge, die blöde Masse in diesen Dingen kein Urteil habe, weil sie ja von Kunst nichts versteht. Denn die Kunst ist nicht zum Verstehen da, sondern zum Genießen! Nicht als Richter,

## Kommunisten für Abbruch der Verhandlungen.

### Gegen die U. S. V. D. — Gegen Unterzeichnung.

Von der Jenaer Ortsgruppe der Kommunisten geht uns mit dem Ersuchen um Abdruck ein Flugblatt zu, das sich in scharfen Ausführungen gegen die Politik der Unabhängigen wendet. Es heißt darin:

Die U.S.V.D.-Führer proklamieren die Annahme der Friedensbedingungen! Das würde für die Arbeiterschaft bedeuten, daß unsere Kapitalisten von den Ententekapitalisten ausgehalten werden und daß diese „Internationale“ dann aus dem deutschen Proletariat den letzten Tropfen Blut herauslaugt, um die alten Kriegsschulden und den neuen Krieg der vereinigten internationalen Regierungstruppen gegen die Sowjets, die Spartakisten und anderes arbeitsscheues Gefindel zu bezahlen. Hier zeigt es sich, wohin die Kompromisspolitik der U.S.V.D. führt. Diese Irwegspolitik eines Haase und eines Haudekin, die im Anfang der Revolution gegen den Anschluß an Rußland gestimmt haben und die im Februar unsere Beziehungen im Osten nicht verbessern wollten, aus Angst, es sonst im Westen zu verderben! Auch die von der U.S.V.D. so sehnlich herbeigerufene „reinsozialistische“ Regierung wird nach Unterzeichnung des Friedensvertrages nichts gegen den Weltkapitalismus vermögen.

Weiter wird der Zusammenschluß mit Rußland und Ungarn und der „sofortige Abbruch der Versailler Verhandlungen ohne jede Erklärung“ gefordert. Man sieht, auch links von der Sozialdemokratie ist man von der Nichtigkeit der unabhängigen Heilslehre nicht allenthalben überzeugt.

## Ein konservativer Volksfreund.

### Dunkles aus Pommern.

Man teilt uns mit:

In Gorch bei Stettin ließ die Verpflegung der Bevölkerung so lange zu wünschen, bis der Arbeiterrat die Kontrolle der Verteilung der Lebensmittel in die Hand nahm. Bei einer kürzlich vorgenommenen Revision stellte sich nun heraus, daß der Herr stellvertretende Bürgermeister, dem die Verteilung oblag, in seinen Schränken circa 20 Zentner Nahrungsmittel lagerte, deren Kontingent er abgelaugt hatte. Er hat nunmehr sein Amt niedergelegt; hoffentlich nehmen die Verhandlungen nicht das gleiche Ende wie die vor zwei Jahren, als dem Obermann folgendes keine „Waise“ zurück: Unter der Aufsicht „Feldwägen“ fand er eine Kiste rationierter Lebensmittel an eine in einer anderen Stadt belagerte Zigarettenfabrik, um Zigaretten dafür zu erhalten. Dem Bahnhofsvorsteher fiel die Sache auf und er öffnete die Kiste. Von dem Ergebnis der damals begonnenen Verhandlungen hat bis heute niemand etwas gehört, „dann der Landrat“ schief gar sehr, selbst der Bürgermeister schweig. — Daß der Herr Herr streng konservativer Bestimmung ist und insbesondere ärmeren Leuten gegenüber grob und unbedenklich ist, sei zu seiner Charakteristik erwähnt, ohne zwischen seiner politischen Überzeugung und seinem bürgerlichen Verhalten eine Parallele ziehen zu wollen. . . .

## Zur Frage des Rätekongresses.

### Die Stellung des Vollzugsrats.

Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte hat gestern beschlossen, den Vollzugsrat mit der Einberufung eines Rätekongresses zu beauftragen. Wie eine Lokalkorrespondenz erfährt, dürfte der Vollzugsrat diesem Beschluß nicht nachkommen, da ihm einerseits die dazu nötigen Geldmittel fehlen und da andererseits die Einberufung eines allgemeinen Kongresses Sache des Zentralkrats sei. Doch wolle man mit der Angelegenheit noch einmal an den Zentralkrat herantreten.

nicht als Sachverständiger, nicht als Kritiker sollt ihr nur ein Kunstwerk treiben, sondern als Genießer, nur als Genießer! Nicht den kalten Verstand will es in erster Linie befriedigen, sondern es wendet sich an dein Gefühl, will zu deinem Herzen sprechen! Diese Tatsache läßt neuerdings ganz in Vergessenheit geraten zu sein, und dieser primären Mission des Kunstwertes gegenüber ist es von durchaus sekundärer Bedeutung, kritisch die Qualitätsunterschiede zwischen den einzelnen Werken festzustellen.

Um nun dieses Urteil des Volkes zu erfahren, scheint mir der Weg, der in der oben erwähnten Ausstellung eingeschlagen worden ist, sehr geeignet zu sein. Nur müssen diese Forderungen, die zur Niederschrift der Urteile dienen, in solchen Ausstellungen aufgelegt werden, in denen alle Gattungen der bildenden Kunst, also Malerei, Bildhauerei, Architektur und Kunstgewerbe und in der Hauptsache alle ihre Richtungen zu sehen sind. Und es müssen außerdem Ausstellungen sein, die leicht allen Schichten der Bevölkerung, also auch der minderbemittelten, zugänglich sind. Und auf das Urteil der Arbeiter ist der allgütige Wert zu legen, denn diese sind am unbefangenen und am wichtigsten verbunden und vorzuziehen. Die Ausstellungskomitees müssen sich alle Mühe geben, gerade die Arbeiter in größeren Scharen in die Ausstellungen zu führen.

Es wäre bei diesen Versuchen natürlich nicht in erster Linie wichtig, zu ermitteln, welche einzelnen Künstler am meisten Beifall haben, aber es ließe sich vermutlich eine Richtung finden, eine mittlere Linie, aus deren Verlauf man folgern könnte, welche Kunst mit dem Volke wirklich verstanden ist. Also nicht der Qualitätsunterschied der Kunstwerke untereinander soll auf diese Weise festgelegt werden, sondern die Art und Gattung der Kunst, welche in den breitesten Volksschichten Wurzel zu fassen geeignet ist. Und alle die ringenden Künstler und die Richtungen, die aus diesem Urteil ersehen müßten, daß sie nicht zum Volke sprechen, wären in der Lage, zu erkennen, welche Elemente ihrer eigenen Kunst etwa noch fehlen. Das wäre das Wertvollste für uns Künstler!

Zur Ausführung dieser Versuche eignet sich in Berlin die Große Berliner Kunstausstellung und die Ausstellung selbständiger Künstler, die beide bevorstehen. In beiden werden alle Richtungen vertreten sein, in der Großen deshalb, weil in diesem Jahre sowohl der Verein Berliner Künstler, als auch beide Sezessionen, der Sturm und andere ausstellen werden.

Macht einen Versuch!

## Notizen.

— Gertrud Eshild — Theaterleiter. Das „Kleine Schauspielhaus“ in der Palaststraße, das zurzeit den Reinhardt-Bühnen angegliedert ist, wird vom 1. Juli 1920 ab auf mehrere Jahre von Gertrud Eshild selbständig übernommen werden. Die Künstlerin, die in dem neuen Beruf zweifellos ernste Arbeit betreiben und von großen Erwartungen begrüßt werden wird, wird für Reinhardt alsdann nur noch einzelne besonders für sie geeignete Rollen darstellen.

— Der Stoßpfeiler der Kriegsgewinnler. In dem „Schiller Kreisblatt“ erleichtert sich eine geistlos-kommene Seele mit folgender kurzen Ausbeutung des Schwarz-Rot-Gold: „Schwarz ist die Zukunft, Rot ist die Gegenwart, Golden war die Vergangenheit.“

# Prozess Ledebour.

Während der Vorlesung die heutige Sitzung eröffnete, bemerkte er, in einem Pressebericht über die gestrige Sitzung werde gesagt, Rechtsanwalt Liebnecht habe, als der Staatsanwalt zum Broich den Vorwurf, er wolle Stimmung gegen den Angeklagten machen, zurückgewiesen, die Bemerkung gemacht: „Meucheln wollen Sie ihn.“ Der Vorlesende erklärt, von den Gerichtspersonen habe niemand diese Äußerung gehört. Er fragt den Rechtsanwalt Liebnecht, ob der sie gemacht hat.

Rechtsanwalt Liebnecht gibt das zu und bemerkt: Als gestern das Flugblatt verlesen wurde und sich daran Erörterungen mit dem Staatsanwalt knüpften, sagte Ledebour zum Staatsanwalt: „Sie wollen mich meucheln.“ Staatsanwalt Broich stellte das in Abrede, worauf ich zu meinem Mitverteidiger sagte: „Meucheln wollen Sie ihn.“ Ich habe damit sagen wollen, der Staatsanwalt wolle durch die Art seiner Beweisführung hinterher bei den Geschworenen Stimmung gegen den Angeklagten machen.

Staatsanwalt Broich: Von der Verteidigung, namentlich vom Rechtsanwalt Liebnecht, ist wiederholt davon gesprochen worden, daß Dorenbach und andere „ermordet“ seien. Nur im Zusammenhang mit diesen Äußerungen kann die Bemerkung: „Meucheln wollen Sie ihn“ verstanden werden. Rechtsanwalt Liebnecht macht mir also den Vorwurf, ich habe die Absicht, einen Meuchelmord an den Angeklagten Ledebour zu begehen. Das ist eine Anfechtung, die ich entschieden zurückweise.

Der Vorlesende trägt den Ausspruch „Anfechtung“.

Rechtsanwalt Liebnecht: Die Ausführung des Staatsanwalts Broich zeigt, wie wenig er geeignet ist, diesen Vorgang zu berichten. Es ist mir unbegreiflich, wie er im Ernst glauben kann, ich könnte meinen, daß er den Angeklagten Ledebour meuchlings ermorden wolle.

Der Vorlesende befragt die Rechtsanwältin Rosenfeld und Obuch, um festzustellen, wie die Äußerung des Rechtsanwalts Liebnecht aufzufassen sei. — Rechtsanwältin Rosenfeld erklärt, er habe überhaupt nichts gehört. — Rechtsanwalt Obuch lehnt die Beantwortung ab, da es sich um eine innere Angelegenheit der Verteidigung handle. — Auf Befragen erklärt Journalist Dölar Thiele, der seinen Tisch unmittelbar neben dem Vertreterliche hat, daß er die Äußerung Liebnechts gehört und in die Presse gebracht habe. Die Äußerung sei so nebenhin gemacht worden.

Nach einer Beratung des Gerichts verhandelt der Vorlesende, das Gericht habe von einer Ordnungsstrafe Abstand genommen, da die Angelegenheit durch die Angabe des Rechtsanwalts Liebnecht und die angezeigten Ermittlungen aufgeklärt sei. Die Äußerung sei an sich geeignet, die Würde des Gerichts zu verletzen, selbst wenn sie nur die vom Rechtsanwalt Liebnecht angegebene Bedeutung gehabt haben sollte. Aber sie sei nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen und nur durch den Zufall, daß ein Berichterstatter dicht am Verteidigerstande war, in die Presse gelangt.

Darauf tritt das Gericht in die Beweisvernehmung ein. Zunächst werden die Zeugen vernommen, die Auskunft geben sollen über die

## Beweisvernehmung

am 5. Januar.

Zeuge Klein, Böttner im Gebäude des „Vorwärts“, sagt aus, am 5. Januar, abends um 5 1/2 Uhr seien etwa 30 Mann zu ihm gekommen und hätten unter Drohung mit Revolvern verlangt, er solle die Türen öffnen. Er habe gesagt, er habe die Schlüssel nicht. Dann hätten die Leute die Türen mit Hacken geöffnet.

Redakteur Erich Kuttner: Schon am 9. November machten einzelne den Versuch, den „Vorwärts“ in ihre Hände zu bekommen. Der Versuch mißlang, er veranlaßte aber die damalige Regierung, eine Sicherheitswache von Räumern in das „Vorwärts“-Gebäude zu legen. Am 23. Dezember wurde im Anschluß an die damaligen Kämpfe am Portal der „Vorwärts“ wieder versucht, diesmal mit Erfolg. Durch Verhandlungen wurde erreicht, daß die Besetzung am 23. Dezember wieder aufgehoben wurde. Dann wurden die Jäger zurückgezogen und dem Gebäude eine Wache gegeben, die gebildet war von den dem damaligen Polizeipräsidenten Eichhorn unterstellten Mannschaften der Sicherheitswache und der Republikanischen Soldatenwache. Wir hatten den Eindruck, daß uns diese Wache wenig nützen würde, da sie ja un er Eichhorn stand, also bei

einem Angriff auf den „Vorwärts“ und nicht verteidigen, vielmehr sogar zu den Angreifern übergehen würde. — Am 5. Januar abends besand ich mich mit Heilmann und Viktor Schiff in einem Bureau des Gebäudes, das einer Korrespondenz gehört. Gegen 6 Uhr hörte ich den Ruf: „Licht aus, die Spartakisten kommen.“ Wir löschten das Licht aus, konnten aber sehen, daß Bewaffnete auf dem Hofe erschienen, und hörten, daß sie Drohungen aussprachen. Wir fürchteten Gefahr für unser Leben, wenn wir hinausgehen würden. Unsere Veruche, telefonisch Hilfe herbeizurufen, hatten keinen Erfolg. Wir blieben über Nacht in dem Raum und kamen am folgenden Tage mittags unerkannt aus dem Hause heraus. Nachdem der „Vorwärts“ durch Regierungstruppen genommen war, ging ich zum erstenmal wieder in das Gebäude des „Vorwärts“. Ich sah viele Zerstörungen. Varrifaden aus Zeitungspapierrollen waren aufgehängt. Wir fanden im Hause 20 Maschinengewehre ohne die durch den Kampf unbrauchbar gewordenen, etwa 1000 Gewehre und überall herumliegende Handgranaten.

Eine Frage des Verteidigers Rechtsanwalt Herzfeld beantwortet der Zeuge dahin: Man hat wohl nicht nur die Absicht gehabt, den „Vorwärts“ zu besetzen, sondern sein Erscheinen zu verhindern. Dafür spricht die Tatsache, daß der „Vorwärts“, als er nach der Besetzung in einer anderen Druckerlei hergestellt wurde, die fertigen Exemplare vor der Verteilung auf Aufständische verteilt wurden. Von einer Freigabe über die Schreibweise des „Vorwärts“ (wonach der Verteidiger fragte) ist mir nichts bekannt, es müßte denn sein, daß die Unabhängigen darüber erregt waren, daß wir am Tage vor der Besetzung aufgedeckt hätten, daß Eichhorn, der damalige Polizeipräsident, am 23. Dezember die Aufständischen mit Waffen und Munition versehen hat.

Rechtsanwalt Liebnecht: Hat der Zeuge am 9. November, dem Tage der Revolution, das Wolffsche Telegraphenbureau besucht, und warum hat er das getan?

Zeuge Kuttner: Ich habe mit einigen anderen das BZV besucht, weil ich es für notwendig hielt, die Nachricht vom Siege der Revolution in Berlin in die Welt zu setzen. Wir haben uns mit Angehörigen des BZV dahin geeinigt, daß ein Vertrauensmann von uns die hinausgehenden Depeschen überwacht, daß aber sonst alles beim alten bleibt. Reichsanwalt Ebert, dem wir die Besetzung nachher mitteilten, war mit derselben nicht einverstanden.

Angell, Ledebour fragt nach dem Wortlaut der vom Zeugen abgelesenen Depesche. — Zeuge Kuttner kann sie nur dem Sinne nach angeben, der ist: In Berlin hat die Revolution einen großen und wichtigen Sieg errungen. Der Generalstreik ist problematisch und vollständig durchgeführt. Die Garnison ist zum Volke übergegangen. Alle öffentlichen Gebäude und Behörden befinden sich in den Händen der Revolutionäre. Ein Arbeiter- und Soldatenrat ist eingesetzt. — Angell, Ledebour: Ist in der Depesche auch die Proklamierung der Republik mitgeteilt?

Zeuge Kuttner: Soweit ich mich erinnern kann, ist das nicht mitgeteilt.

Bondin, Ratskammer der im „Vorwärts“-Gebäude befindlichen Weinhandlung von Brand u. Co., sagt, während der Besetzung seien in seinem Geschäftslot Pulver, Schränke und Kellereien erbrochen und Waren im Wert von etwa 24 000 M. gestohlen worden. Auch Kleider des Personals seien gestohlen worden. Der Obmann der Besetzung habe verlangt, der Zeuge solle angeben, die Diebe seien keine Spartakisten.

Der Zeuge habe das abgelehnt.

Kaufmann Fischer gibt an, daß aus seinem ebenfalls im „Vorwärts“-Gebäude befindlichen Geschäft für etwa 50 000 M. Waren gestohlen seien. Am Freitagabend zwischen 4 und 5 Uhr, habe ein ihm unbekannter Herr, der weder zur Besetzung gehörte, noch von der Regierung kam, zu ihm gesagt, in ein bis zwei Stunden solle er, der Zeuge, das Gebäude verlassen. Der Herr habe Andeutungen gemacht, aus denen hervorging, daß die Besetzung durch Regierungstruppen angegriffen werden würde. Der Herr habe erjucht, seinen Namen nicht zu nennen. Der Zeuge, nach dem Namen des betreffenden Herrn gefragt, antwortet, er werde den Herrn fragen, ob er jetzt seinen Namen nennen dürfe und ihn dann angeben.

Auf Antrag der Verteidigung wird beschlossen, den Herrn als Zeugen zu laden.

# Groß-Berlin

## Die Flucht des Oberleutnants Vogel.

Die Nachforschungen nach dem flüchtigen Oberleutnant Vogel haben bisher noch zu keinem positiven Resultat geführt. Am so interessanter ist eine Nachricht, die heute aus Bitterbog gemeldet wird. Danach soll am verflochtenen Sonnabendmorgen dort ein dunkelblauer Automobil gesehen worden sein, in dem zwei Personen saßen und das in der Richtung nach dem Flughafen in sehr schnellem Tempo fuhr. Wie weiter berichtet wird, soll am Sonntag abend nach dem Flughafen ein Flugzeug aufgestiegen sein, das in westlicher Richtung davonflog. Es sollen nun Untersuchungen darüber angestellt werden, ob Vogel mit Hilfe Lindemanns tatsächlich ein Flugzeug zu seiner Flucht erhalten hat. Aus den Startbüchern des Flughafens, in das alle Aufstiege von Maschinen eingetragen werden müssen, soll festgestellt werden, ob an dem fraglichen Tage tatsächlich ein Militärflugzeug in der Richtung nach Weitrafen abgeflogen ist.

Das Berliner Polizeipräsidium stellt infolge einer in der „Freiheit“ erschienenen Anfrage fest, daß es weder auf die Namen des Leutnants Lindemann und des Oberleutnants Vogel, noch auf den Namen eines „Kurt Velsen“ einen Paß ausgestellt hat.

Unabhängiger Radau. Am Mittwochabend fuhr der Reichswehrminister Roske im offenen Wagen vom Brandenburger Tor die Linden entlang. An der Wilhelmstraße mußte der Wagen wegen des Demonstrationstanzes der Unabhängigen halten. Als ein Mann rief, Roske sei im Wagen, gab ein wahnwitziges Geschrei und Geschimpfe an, wobei keine der Anführer verfangen wurden, die von der „Freiheit“ in den letzten Monaten dem Reichswehrminister gegenüber worden sind. Roske mußte weiterfahren, als die Menge eine immer drohendere Haltung einnahm. Dem Wagen flutete eine tausendköpfige Menge in die Wilhelmstraße nach, die sich dort eine ganze Weile in wilden Schimpereien und Drohungen auslebte.

## Nochmals Dorenbachs Tod.

Am Ledebourprozeß ist die Behauptung aufgestellt worden, der Kommunistenführer Dorenbach sei nicht auf einem Richterstuhl erschossen, sondern vorsätzlich ermordet worden. Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung wird sich diese Behauptung nicht aufrechterhalten lassen. Mehrere Zeugen, darunter Rechtsanwältin und Journalisten, bekunden gesehen zu haben, wie Dorenbach seinem Begleiter, dem Kriminaladjunkten Kirschbaum, davonläuft. Dieser gab dann, nachdem er mehrmals „Halt!“ gerufen hatte, den tödlichen Schuß ab. Kirschbaum hatte auch die Verhaftung Dorenbachs in Eisenach vorgenommen, wobei er einen schweren Ringkampf mit ihm zu bestehen hatte. Außerdem soll Dorenbach selbst auf seinem Totenbett erklärt haben, daß die gegen Kirschbaum erhobene Beschuldigung falsch seien.

## Geflügelzucht für Kriegsbeschädigte.

Bekanntlich besitzt die Mark Brandenburg in Höhe einer halben Millionen Hektar eine große Anzahl von Flächen, die in jahrelanger, mühsamer Arbeit und unter Aufwendung großer Mittel zu einem nutzbringenden Kulturstand für die Geflügelzucht umgewandelt worden ist. Schon 1918 hatte der Kaiser des Bundes mit der Regierung darüber verhandelt, wie die Kriegsinvaliden zum Teil auf dem Lande zwecks Förderung der Geflügelzucht untergebracht werden könnten. In Friedenszeiten führte Deutschland für 410 Millionen Mark Geflügel und Eier vom Ausland ein. Diese Summen könnten dem Vaterlande erhalten bleiben, wenn wir Geflügel und Eier im Land selbst erzeugen, und zwar mit 60 Prozent der Selbsternährung des Geflügels, sobald die Bedingungen und die abgeräumten Felder nutzbar gemacht werden durch höhere Stallungen. Auf Gut Lohse in der Provinz hierzu gemacht worden durch Anlage einer Geflügelzentrale für 10 000 Hühner und 40 000 Küken. Hier sollen alle Vorkulturbesitzer des Geflügels kontrolliert und deren Fortbildung bezug. Heilung ausprobiert werden, damit nachher in allen Provinzen nach diesem System solche Zentralen angelegt werden können. Bei Vorsehung der Futterzustände soll die Sache großzügig angefaßt werden. Die Regierung ließ am 24. April die Anlagen durch Sachverständige eingehend besichtigen und hat daraufhin energische Förderung zugesagt. Zunächst werden mehrere Hundert Kriegsbeschädigte sich nach Gut Lohse zur Erlernung der Geflügelzucht begeben, wo sie in Vorarbeiten untergebracht werden sollen.

Ein Raubüberfall ist gestern abend schon wieder berichtet worden. Die Zigarettenhändlerin Blüwe Emilie Krüger in der Bierschurstraße 39 war kurz nach 8 Uhr gerade im Begriff ihren Laden zu schließen, als es noch kloppte. Sie öffnete und es trat ein junger Mensch in feldgrauer Uniform ein. Er hat heute etwa, sagte, es sei ein Wasserrohrbruch eingetreten und er müsse als Klempner sofort die Leitung absperrn. Dabei hob er auch schon die Frau beiseite und ging durch den Laden nach der Küche. Frau Krüger eilte hinter ihm her, um sich rasch noch mit etwas Wasser zu versehen. Als beide in der Küche waren, ging plötzlich vorn der Kollaborant herunter. Da packte sie auch schon der Feldgrauer, wirgte und kratzte sie und verbot ihr mit vorgehaltenem Revolver jeden Laut. Inzwischen tauchte ein zweiter Feldgrauer, ebenfalls ein junger Bursche, im Laden alle Zigaretten, die er in der Eile zusammenpacken konnte, steckte auch noch 30 M. bares Geld aus der Beschloßene ein und verließ dann mit der ganzen Beute. Der erste Räuber folgte ihm auf dem Fuße, ohne daß die bedrohte und gemähtigte betagte Frau es wagte, um Hilfe zu rufen. So entkamen beide.

Freie Hochschulgemeinde für Proletarier. Der Mathematikstudium für Jugendliche ist auf Sonnabend, 5-7 Uhr besetzt. Teilnehmer können Sonnabend, 24. Mai, 3 Uhr, Kohstr. 13, nach in den Kursus neu eintreten.

## Groß-Berliner Lebensmittel.

Reinickendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 29 der allgemeinen Lebensmittelkarte für Groß-Berlin 150 Gramm und auf Abschnitt 30 100 Gramm, zusammen 250 Gramm Teigwaren für 35 Pf. Auf Abschnitt 35 der Karte für Jugendliche 100 Gramm Grieß für 10 Pf. Anmeldung bis 23. Mai. — Auf den Rat Abschnitt (der Nummerer Abschnitt darf nicht abgetrennt werden) der Karte B C und D 1/2 Pfund Hafermehl für 44 Pf. — Den Kriegsbeschädigten, die 50 Proz. und mehr erwerbsunfähig sind, soll ohne ärztliches Attest vom 18. Juni ab eine wöchentliche Rationierungszugabe von 250 Gramm bewilligt werden. Erstmögliche Anmeldung unter Vorlegung aller Beweismittel im Zimmer 23 des Ernährungsamtes. — Verkauf einer beschränkten Anzahl Karten! Ledebour Freitag und Sonnabend, 8-4 Uhr, in der 1. Gemeindefschule gegen Vorlegung der Ausweisekarte. Veden zu Frauen- und Kinderultern für 65 M. einige Anterrose sowie bezugsberechtigter Herren- und Damenhemden. — In den amtlichen Verkaufsstellen gute Kaffeemischung für 90 Pf. Ebenda Kaffeeträger für Frauen und Männer für 55 Pf. bis 2.50 M.

Wittenau. Von Freitag, 23. Mai, ab: auf Abschnitt 23 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 200 Gramm Dörrgemüse für 0,92 Pf., 150 Gramm Rübchen für 0,22 Pf. Auf Abschnitt 24 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 500 Gramm Honig für 0,80 M. Auf Abschnitt 25 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 1 Dering für 0,80 M. Auf Abschnitt 31 der Jugendlichen-Karte 200 Gramm Orangen für 0,19 M. Die Ware ist bis spätestens Freitag, den 30. d. Mts. abzuholen.

Tegel. Abschnitt 25 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 500 Gramm Karnele für 1,30 M. Abschnitt 30 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 100 Gramm Graupen für 9 Pf., Abschnitt 238 der Gemeindefleischkarte 100 Gramm getrocknete Möhren für 45 Pf., 100 Gramm getrocknete Beifloß für 44 Pf. Anmeldungen bis Montag, den 26. Mai. Herausgabe der Ware am 31. Mai.

## Der Angriff auf Petersburg.

Basel, 22. Mai. (Zu) Nach einer Meldung der „Baseler Nachrichten“ aus Moskau hat die Offensive der Alliierten gegen Petersburg von der Seeseite her eingeleitet. Das Gebiet von Peterhof liegt bereits unter dem Feuer der englischen und französischen Schiffsgechüß. Wie ernst die Lage seitens der Sowjetregierung angesehen wird, geht aus einem Aufruf Lenins an das bolschewistische Rußland hervor. Es heißt darin, daß die Stunde der höchsten Gefahr für das Land gekommen ist, da die imperialistischen und kapitalistischen Weltmächte, die schon lange auf den Sturz der russischen Proletarierregierung hinarbeiten, augenblicklich glauben, ihre Hoffnungen verwirklichen zu können. Auch Traski fordert das russische Volk zum Kampf auf. Die Stunde sei sehr ernst, und es sei die Pflicht eines jeden, sich bis zum äußersten zur Wehr zu setzen.

## Die Volksabstimmung in Südtirol.

Vor einigen Wochen konnte dem Präsidenten Wilson eine Denkschrift aus Deutsch-Südtirol überreicht werden, die die Frage der Annexion eingehend beleuchtete. Das historische Dokument erweist den vollkommenen deutschen Charakter des Landes nach Geschichte, Volkstunde und Kultur, zeigt die Ungerechtigkeit der italienischen Ansprüche auf die Brennerlinie und kommt zum Schluß, eine Annexion durch Italien entschieden abzulehnen. Somit stellt die Denkschrift eine wahre, wichtige und unbeeinträchtigte Volksabstimmung dar, wie sie sonst nirgendwo vorgenommen worden ist.

## Der Konflikt im mitteldeutschen Bergbau.

### Kein Streit.

Halle, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Gestern fand eine Konferenz der Betriebsräte der Bergarbeiter in Halle statt. Es wurde beschlossen, eine Deputation nach Berlin zu entsenden, die bei den Berliner Behörden in der Sache vorstellig werden soll. Damit ist die Gefahr eines Streiks im mitteldeutschen Bergbau zunächst abgewandt. Es ist möglich, daß die Deputation die Wiederernennung eines Reichsbergarbeiterrats beim Oberbergamt Halle fordern wird. Sie wird sich vermutlich an das Reichsbergbauamt wenden.

Der Arbeitsplan der Landesversammlung. Der Arbeiterrat der Preussischen Landesversammlung beschloß zur Geschäftsfrage, daß am Sonnabend und Sonntag die Volltagungen mit Rücksicht auf die Arbeiten der Ausschüsse ausfallen sollen. Vom Dienstag, den 27. Mai, bis zum 4. Juni sollen dagegen die Soliverfassungen durchgeführt werden.

## Industrie und Handel.

### Börse.

Die Steigerung der Kriegsanleihen von 74% am Schluß der gestrigen Börse auf etwa 75 1/2 Proz. kennzeichnet die Stimmung an der Börse. Auch auf anderen Gebieten fanden Deckungen statt, die zum Teil zu anscheinlichen Kursbesserungen führten. Dies war namentlich am Montan- und Farbenmarkt der Fall. Letztere gewonnen bis zu 7 Proz. Für Schiffsaktien hielt das Interesse an. Ferner wurden Rüstungs- und Petrochemiewerte zu höheren Kursen dem Markt entnommen. Am Rentenmarkt waren außer Kriegsanleihen auch Schatzanweisungen und 2, 3% und 4prozentige Anleihen und Konjols fest.

## Der Abbau der internationalen Außenhandelsbeschränkungen.

Frankfurt a. M., 22. Mai. Die französischen Ausfuhrbeschränkungen sind nunmehr bis auf wenige Nebenreste von der Regierung beseitigt worden. Der behördlichen Ausfuhrkontrolle unterliegen künftig nur noch einige wenige Erzeugnisse, die für die Ernährung und den Wiederaufbau der besetzten Gebiete sowie das Gedeihen nötig sind, also vermutlich auch Lebensmittel. Das Verbot über die Ausfuhrverbote vom 20. Januar 1919 hatte noch etwa 140 Warengruppen ausgefaßt, während die jetzt herausgenommenen Listen nur noch 19 enthalten. Wegen Wilderung des Einfuhrverbots wird, wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, noch verhandelt. Sie wird im Einvernehmen mit den Alliierten erfolgen.

## Gewerkschaftsbewegung

Posthilfsangestellte der Fernsprechämter, des Postzeitungsamtes, des Postfachamtes usw. Im Anschluß an die in der Versammlung am 18. Mai er. angenommene Erklärung teilt der Zentralverband der Handlungsgehilfen mit, daß das Reichspostministerium die Oberpostdirektion angewiesen hat, mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen sachlich in Verhandlungen einzutreten. Dadurch erübrigen sich die in Aussicht genommenen weiteren Schritte der Posthilfsangestellten. Es wird gebeten, die weiteren Mitteilungen der Sekretionsleitung abzuwarten.

Schiffbau in Metallbetrieben. Freitag, 23. Mai, 7 Uhr, bei Wollschläger, Abwehrstr. 21: Versammlung aller Vertrauensleute der Schiffbau-, Kaler und Lackierer. Stellungnahme zum Kollektivvertrag. Vorgesellenerverband, Abt. Schiffbau.

